

Antragsteller: UBV

Adressat/en: Jahreshauptversammlung

Lokaljournalismus sichern!

Einführung einer staatlichen Medienförderung

In einer Zeit globaler Nachrichtenströme und digitaler Informationsfluten erscheint der Lokaljournalismus oft unauffällig. Doch gerade auf kommunaler Ebene erfüllt er eine zentrale demokratische Funktion: Er hält die Demokratie lebendig, stärkt den gesellschaftlichen Zusammenhalt und gibt Menschen eine Stimme, die im großen medialen Zusammenhang oft nicht gehört werden. Der Lokaljournalismus ist das Rückgrat unserer Demokratie vor Ort.

Wir fordern: Die Bundesregierung und die Staatsregierung müssen jetzt handeln und eine staatliche Medienförderung auf den Weg bringen. Es geht um die Zukunft unserer kommunalen Demokratie.

Kontrolle beginnt vor der Haustür

Demokratie funktioniert nur, wenn Macht kontrolliert wird – nicht nur in Berlin oder Brüssel, sondern auch im Rathaus, im Kreistag oder in lokalen Behörden. Lokaljournalistinnen und -journalisten beobachten kommunalpolitische Prozesse, recherchieren Missstände, stellen kritische Fragen und informieren die Bürger*innen über Entscheidungen, die ihren Alltag direkt betreffen – vom Bauprojekt über Einrichtungsschließungen bis hin zur Haushaltsplanung. Diese Nähe zur Lebenswirklichkeit macht sie zu „Wächtern der Demokratie“ im direkten Umfeld der Menschen.

Wenn professionelle und der Demokratie verpflichtete Medien nicht mehr berichten oder ihre Kontrollfunktion nicht mehr ausüben können, ist der Desinformation Tür und Tor geöffnet. Studien in den USA haben längst nachgewiesen, dass das Sterben von Lokalzeitungen mit politischer Radikalisierung innerhalb der Bevölkerung einhergeht. Es profitieren jene, die Fake News, Hass und Hetze verbreiten.

Damit einher geht ein gesunkener Respekt vor der Pressefreiheit. Journalist*innen sehen sich heute deutlich häufiger als früher Angriffen wie Beschimpfungen, Einschüchterungen oder gar körperlichen Attacken ausgesetzt.

Lokale Identität und Zusammenhalt

Lokaljournalismus ist jedoch mehr als Politikberichterstattung. Er erzählt die Geschichten, die Menschen verbinden, über Vereine, Kulturinitiativen, Sportereignisse, Erfolge und Konflikte in der Nachbarschaft. Dadurch entsteht ein Gefühl von Zugehörigkeit und Identifikation mit der eigenen Stadt bzw. dem eigenen Viertel. Wer über seine Mitmenschen liest, erkennt sich selbst im Gemeinwesen wieder. Diese Verbindung stärkt das soziale Miteinander und fördert Respekt und Toleranz im direkten Umfeld.

Bürgerschaftliches Engagement sichtbar machen

Ein funktionierendes Gemeinwesen lebt vom Engagement seiner Bürgerinnen und Bürger, ob im Ehrenamt, in Elternbeiräten oder in Bürgerinitiativen. Lokaljournalismus

macht dieses Engagement sichtbar, gibt Impulse, regt zur Beteiligung an und bietet Plattformen für Diskussionen. Er motiviert zur Mitgestaltung und gibt Rückhalt für zivilgesellschaftliche Initiativen; auch, indem er auf Missstände hinweist oder unbequeme Themen anspricht.

Lokaljournalismus unter Druck

Der Markt für regionale und lokale Medien funktioniert zusehends schlechter. Die Verleger ziehen sich hier zunehmend aus dem Print-Geschäft zurück. Die Situation ist geprägt von Auflagenverlusten, sinkenden Werbeeinnahmen und steigenden Kosten für Druck, Vertrieb und Zustellung.

Die Folgen dieser Entwicklung sind bundesweit sichtbar:

- Konzentrationsprozesse (Übernahmen kleinerer Verlage durch größere Konzerne)
- Redaktionsabbau und Standortschließungen außerhalb der großen Städte
- Verflachung der lokalen Berichterstattung, oft aus der Ferne oder vom Schreibtisch aus
- Rückgang zeitaufwändiger oder investigativer Recherche, insbesondere im Bereich Kommunalpolitik

Notwendigkeit einer Medienförderung

All dies spricht für eine gezielte Stärkung lokaler Medien. Länder wie Frankreich, Schweden oder Österreich betreiben seit Jahren direkte staatliche Medienförderung. In Deutschland dagegen existiert bislang nur indirekte Unterstützung, etwa in Form des ermäßigten Umsatzsteuersatzes.

Gleichwohl ist direkte Förderung rechtlich möglich: Das Bundesverfassungsgericht stellte in seiner Entscheidung vom 6. Juni 1989 fest, dass Artikel 5 Abs. 1 Satz 2 GG nicht nur die Pressefreiheit als Abwehrrecht schützt, sondern dem Staat auch eine Schutzpflicht für die Presse auferlegt. Daraus ergibt sich zwar kein grundrechtlicher Anspruch auf Förderung. Doch hat er durchaus die Möglichkeit, aktiv zu werden. Entscheidet sich der Staat für eine Förderung, muss diese so gestaltet sein, dass „jede Einwirkung auf Inhalt und Gestaltung einzelner Presseerzeugnisse sowie Verzerrungen des publizistischen Wettbewerbs vermieden werden“.

Der Staat muss also Neutralität wahren. Eine strikte Anwendung dieses Prinzips würde allerdings bedeuten, dass auch Produkte großer Medienkonzerne wie Springer oder rechtsgerichtete Publikationen wie Compact oder Nius förderberechtigt wären. Das aber widerspräche unserer zentralen Intention: eine flächendeckende und vielfältige Versorgung der Bevölkerung mit verlässlichen, demokratisch orientierten Nachrichten zu sichern.

Rahmenbedingungen für eine Medienförderung

Über Förderkriterien und Zuwendungsentscheidungen soll eine staatsferne Kommission entscheiden, die unabhängig agiert und vor politischen Eingriffen geschützt ist. Hierfür gilt es zunächst, meinungsneutrale Kriterien als Fördergrundlage zu definieren – etwa:

- Verankerung in der Region (z. B. Zahl der Redakteur*innen je Standort, Anteil lokaler Nachrichten)

- Einhaltung journalistischer Standards (Tarifbindung, Einhaltung Gemeinsamer Vergütungsregeln für freie Mitarbeiter*innen, Anerkennung und Einhaltung des Pressekodex des Deutschen Presserats)
- Nachweis qualifizierter journalistischer Ausbildung (tarifgebundene Volontariate)
- Demokratisch ausgehandelte Redaktionsstatuten

Gleichzeitig muss die Förderung auch journalistischen Initiativen jenseits traditioneller Verlagsstrukturen offenstehen, insbesondere für gemeinnützige oder stiftungsfinanzierte Online-Medien. Ebenso sollten innovative Ansätze in der lokalen Berichterstattung ausdrücklich förderfähig sein.

Grenzen und Finanzierung

Die staatliche Medienförderung darf keine Dauersubvention werden. Geförderte Projekte sollen regelmäßig belegen, dass sie die Förderkriterien erfüllen.

Finanziert werden könnte die Medienförderung zumindest anteilig durch eine Digitalabgabe von Plattformdiensten. Diese würde das Machtgefälle zwischen großen Tech-Konzernen und lokalen Medien etwas reduzieren. Besonders förderfähig sollen digitale, publizistische, lokaljournalistische Angebote oder Projekte sein, unabhängig vom Träger.

Antrag: Unsere Forderungen für die Zukunft des Lokaljournalismus

- 1. Politische Förderung statt staatlicher Einflussnahme:**
 - a. Wir fordern staatliche Fördermodelle, die Unabhängigkeit garantieren – etwa in Form von Innovationsfonds, Gemeinnützigkeitsregelungen für journalistische Arbeit oder steuerlicher Erleichterung für lokale Medienangebote.
 - b. Diese Förderung soll an konkrete Bedingungen geknüpft werden: Tarifbindung, angemessene Honorierung der Beiträge freier Mitarbeiterinnen, Einhaltung des Pressekodex des Deutschen Presserats, tarifkonforme Ausbildung junger Journalistinnen sowie demokratisch ausgehandelte Redaktionsstatuten.
- 2. Förderung lokaler Startups und der Medienvielfalt jenseits großer Verlage**

Auch neue Geschäftsmodelle und Online-Angebote, die auf dem Boden der freiheitlich-demokratischen Grundordnung stehen und die journalistisch-ethischen Standards des Pressekodex erfüllen, müssen im Rahmen einer staatlichen Medienförderung berücksichtigt werden. Diese Förderung soll Innovation nicht bremsen, sondern gezielt ermöglichen.
- 3. Medienbildung stärken:**

Um Vertrauen in Qualitätsjournalismus zu fördern, soll Medienkompetenz systematisch in Schulen, Volkshochschulen und sozialen Netzwerken ausgebaut werden, insbesondere im Hinblick auf lokale Medienangebote. In Nürnberg kann auf hervorragende Ansätze wie das Medienzentrum Parabol aufgebaut werden.

4. **Faire Plattformregeln durchsetzen**

Digitale Plattformen wie Google, X oder Meta müssen stärker in die Verantwortung genommen werden, etwa durch verpflichtende Sichtbarkeit lokaler Inhalte, Quellenreferenzierung in KI-Anwendungen und Vergütung für die Nutzung von Werke zum KI-Training sowie eine faire finanzielle Beteiligung der Plattformen an der Refinanzierung redaktioneller Medien.

5. **Vielfalt sichern, Konzentration verhindern**

Medienvielfalt ist ein demokratisches Gut. Der Gesetzgeber soll Medienkonzentration u.a. durch Plattformregulierung und Fusionskontrollen begrenzen und gezielt unabhängige, kleinere Lokalredaktionen und journalistische Start-ups stärken.